Entwurf eines Sbg. Landesgesetzes, mit dem das Sbg. Leichen- u Bestattungsgesetz 1986 geändert wird, Stellungnahme

Sehr geehrte Damen und Herren!


Das Bundesministerium für Gesundheit, Familie und Jugend nimmt daher zum gegenständlichen Entwurf unter Berücksichtigung der Stellungnahme des Bundeskanzleramtes – unvorgreiflich der Haltung der Bundesregierung im Verfahren gemäß Artikel 98 B-VG und vorbehaltlich einer allfälligen Auslösung des Konsultationsmechanismus durch den Bundesminister für Finanzen – namens des Bundes wie folgt Stellung:

Zu Z 1 (§ 1):

Es wird angeregt, wie bisher auch die Fundstelle des Salzburger Krankenanstaltengesetzes 2000 (LGBI. Nr. 24) anzugeben.

Zu Z 9 (§ 45a):

Es könnte überlegt werden, in § 45a nicht bloß Verweisungen auf Bundesrecht zu regeln, sondern auch eine dynamische Verweisung auf landesrechtliche Bestimmungen anzuordnen. Dementsprechend müsste die Paragraphenüberschrift „Verweisungen“ lauten.

Sofern es sich bei der Bezugsrahme auf das Epidemiengesetz 1950 in § 8 Abs. 5 um eine Verweisung handelt (gegen die Annahme einer bloßen Anküpfung spricht der Wortlaut des § 45a Abs. 2), stellt sich die Frage, warum im konkreten
Fall eine dynamische Verweisung Landesgesetzgebers auf ein Bundesgesetz zulässig sein sollte.

Um Berücksichtigung der Stellungnahme wird ersucht.

Mit freundlichen Grüßen

Für den Bundesminister:
Hon.-Prof. Dr. Gerhard Aigner

Beilage: 0

Elektronisch gefertigt